



Editorial

Liebe FIAN-Mitglieder, liebe Interessierte,

Südostasien, das ist nicht nur ein tropisches Reiseziel mit Tempeln, Dschungel und weißen Stränden. Südostasien, das ist auch eine wirtschaftlich und geopolitisch aufstrebende Region. Mit zunehmend wichtiger Bedeutung für Deutschland, das neue Handelspartner sucht und nach weniger Abhängigkeit von China strebt.

Die dynamische ‚Entwicklung‘ zeigt sich in einer rasanten Urbanisierung und einem enormen Ressourcen hunger – mit Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt. Denn für Profit werden Megaprojekte durchgeboxt, oft auf Kosten der lokalen Bevölkerung. Dabei haben in den vergangenen Jahren die autoritären Tendenzen in vielen Ländern deutlich zugenommen, besonders während der Corona-Pandemie, in der zahlreiche repressive Gesetze verabschiedet wurden.

Die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume sind häufig stark eingeschränkt: In Vietnam und Laos gelten sie als geschlossen, in Myanmar tobt ein Bürgerkrieg. In den anderen Ländern gibt es zumeist (noch) lebendige Zivilgesellschaften, die sich für Menschenrechte und Umweltschutz einsetzen. Doch Widerstand kann sehr gefährlich sein: Übergriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen sind an der Tagesordnung. Besonders dramatisch ist die Lage auf den Philippinen – asienweit mit den meisten Morden an Umweltaktivist*innen, die sich zumeist für Landrechte einsetzen.

Zwar gilt Südostasien noch als „Reisschüssel“, doch wenn Kleinbäuer*innen und Indigene ihre Felder und Wälder durch Landnahmen von Großprojekten wie in Indonesien oder durch Verschuldungen wie in Kambodscha verlieren, ist auch das Recht auf Nahrung bedroht. Dass viele der südostasiatischen Staaten zu den verletzlichsten der Klimakrise gehören, verschärft die Probleme zusätzlich.

Raphael Göpel, 2. Vorsitzender FIAN Deutschland



Menschenrechte in Südostasien

Landkonflikte, Ressourcen hunger und lebendige Zivilgesellschaften

Weitere Themen im Heft:

FIAN-Mitgliederversammlung und Vorstandswahl; Menschenrechts-Schulungen in Uganda; Demo vor EU-Parlament; Ernährungskrise in den Philippinen; illegaler Sandabbau in Kambodscha; Indigener Aktivismus in Guatemala; menschenrechtliche Bildungsarbeit bei FIAN; General Comment zu Recht auf Land

Neuer FIAN-Vorstand gewählt

Auf der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung am 22./23. April in Göttingen wurde der Vorstand von FIAN Deutschland für die kommenden zwei Jahre gewählt. Als erste Vorsitzende wurde Dr. Friederike Diaby-Pentzlin ohne Gegenstimme bestätigt. Neuer 2. Vorsitzender ist Raphael Göpel, der langjährige Expertise in NROs und viel Expertise zu Asien mitbringt. Maren Staeder durfte nach sechs Jahren nicht erneut als Schatzmeisterin kandidieren, wurde aber als Beisitzende gewählt. Neuer Schatzmeister ist Heiko Hansen, der langjährige Vorstandserfahrung mitbringt. Neue Beisitzende sind Janina Reimann, Elena Goldschmidt und Martin Speer. Janina Reimann ist Juristin und in der Tübinger Lokalgruppe aktiv. Elena Goldschmidt und Martin Speer kennen die Arbeit in der Geschäftsstelle aus ihrem Praktikum bzw. Bundesfreiwilligendienst. Als Internationale Delegierte gewählt wurden Heiko Hansen sowie die frühere FIAN-Geschäftsführerin Britta Schweighöfer.



Der neu gewählte Vorstand (v.l.): Maren Staeder, Lieselotte Heinz, Elena Goldschmidt, Janina Reimann, Martin Speer (Beisitzende), Heiko Hansen (Schatzmeister), Friederike Diaby-Pentzlin (1. Vorsitzende). Nicht im Bild: Judith Busch und Raphael Göpel

Stimmungsvoll verabschiedet wurden in der Mitgliederversammlung Giovanna Enea, die nach sechs Jahren als 2. Vorsitzende und insgesamt zehn Jahren im Vorstand nicht wieder antreten durfte, Anika Mahla sowie Larissa Tölke. Sini Bodemer trat nach acht Jahren als Internationale Delegierte nicht wieder an. Mitgliedschaft und Team bedanken sich bei allen ausscheidenden Mitgliedern für das große Engagement!

UPR: menschenrechtliche Überprüfung von Deutschland

Der UN-Menschenrechtsrat praktiziert seit 2007 ein Prüfverfahren, dem sich alle Mitgliedstaaten alle viereinhalb Jahre unterziehen müssen: den *Universal Periodic Review* (UPR). Die Überprüfung erfolgt durch Staaten – und nicht durch Sachverständige, wie zum Beispiel im UN-Sozialausschuss. Die Zivilgesellschaft kann sich an dem Prozess durch Parallelberichte beteiligen. Ende 2023 erfolgt die bereits vierte Überprüfung von Deutschland. Die Bundesregierung wird hierzu einen Staatenbericht vorlegen, in dem vor allem auf die Umsetzung der über 250 Empfehlungen aus dem letzten Zyklus eingegangen wird. Das Forum Menschenrechte hat bereits im Vorfeld einen Bericht eingereicht. FIAN hat hierin die Kapitel zu Auslandsinvestitionen deutscher Firmen, zu Klagemöglichkeiten für Betroffene, zu den Folgen von Handelsabkommen für die ländliche Bevölkerung im Süden sowie zu Folgen der Erderhitzung beigesteuert.

FIAN bei Demonstration in Brüssel: Gerechtigkeit geht jeden etwas an!

Am 24. April hat sich FIAN an der Protestaktion „Justice is everybody's business“ vor dem EU-Parlament in Brüssel beteiligt. Zusammen mit der „Syndicat European Trade Union“



und „Uni-europa“ setzten wir uns dort für ein starkes EU-Lieferkettengesetz ein. Wichtige Forderungen hierbei waren der Einbezug des Finanzsektors in das geplante Gesetz, die Haftung von Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette sowie eine Beweislastumkehr zugunsten der Geschädigten. Die niederländische Abgeordnete Lara Wolters von der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten, Mitglied des Rechtsausschusses, nahm an der Aktion teil und sicherte Ihre Unterstützung zu. Einen Tag später stimmte der Rechtsausschuss, dessen Beschlussempfehlungen meist wegweisend für die Entscheidungen des Parlaments sind, über den Gesetzentwurf ab. Dies ist prinzipiell zu begrüßen. Allerdings wurden wichtige Punkte nicht aufgegriffen, wie zum Beispiel die Einbeziehung des Finanzsektors, für die sich FIAN insbesondere einsetzt. Bis zur Entscheidung im EU-Parlament wird sich FIAN weiter für ein starkes Lieferkettengesetz einsetzen, das die Betroffenen wirksam schützt.

Brasilien: Ehemalige FIAN-Generalsekretärin leitet Anti-Hungerprogramm

Acht Jahre lang arbeitete Valéria Burity als Generalsekretärin von FIAN Brasilien. Manche FIANista erinnern sich noch an ihren Vortrag bei der 30-Jahrfeier im Herbst 2016 in Berlin. Nun hat sie eine Schlüsselposition in der neuen Regierung von Präsident Lula da Silva eingenommen: Valéria wurde zur Generalsekretärin für Hungerbekämpfung im Ministerium für soziale Entwicklung berufen.

Die Regierung plant eine Aufstockung der Programme zur Armutsbekämpfung (*bolsa familia*) und zur Schulverpflegung sowie eine Erhöhung des Mindestlohns. Lebensmittel für staatliche Einrichtungen sollen verstärkt von Kleinbäuer*innen bezogen werden. Auch Reformen zur Landumverteilung sowie des Steuersystems werden angegangen, um die extreme Ungleichheit zu bekämpfen. Mit Hilfe staatlicher Lebensmittelreserven soll der Preisvolatilität entgegengewirkt werden. Während der Präsidentschaft des rechtsextremen Vorgängers Jair Bolsonaro war die Zahl der Hungernden in die Höhe geschossen – obwohl Brasilien zu den vier größten Nahrungsmittelproduzenten der Welt gehört. Fast ein Drittel der Bevölkerung hat Schwierigkeiten, sich ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. 15 Prozent, mehr als 33 Millionen Menschen,

hungern regelmäßig. Zuvor war die Ernährungsunsicherheit mehr als 20 Jahre in Folge gesunken. Valéria ist sich der großen Herausforderungen bewusst, aber „Lula engagiert sich sehr für die Beseitigung des Hungers, und wir werden von einer starken Zivilgesellschaft unterstützt“.



Valéria beim 30. Geburtstag von FIAN in Berlin

Keine Satire: „Politikberatung nicht allein durch Wissenschaft“

Das deutsche Landwirtschaftsministerium erarbeitet derzeit eine bundesweite Ernährungsstrategie, die Ende des Jahres verabschiedet werden soll. Kernziel ist die „Förderung einer gesünderen, ressourcenschonenden und stärker pflanzenbasierten Ernährung“. Ein besonderer Fokus hierin soll auf „Personengruppen mit spezifischen Unterstützungsbedürfnissen“ liegen, darunter Kinder, Jugendliche und armutsbetroffene Menschen. Das Ministerium hat FIAN zu mehreren Workshops eingeladen, in denen konkrete Maßnahmen identifiziert wurden, zum Beispiel in den Bereichen Schulverpflegung,

Ernährungsbildung, Werbeverbote für *junk food*, Zuckersteuern oder Quoten für ökologische Produktion.

An den Workshops nahmen auch die Verbände der Lebensmittelindustrie teil – Interessenskonflikte vorprogrammiert. Welche Risiken in einem solchen Ansatz liegen, zeigt einer der diskutierten Vorschläge: Die Beratung der Politik solle demnach „nicht allein durch Ernährungswissenschaft, Medizin und Sportwissenschaft erfolgen, sondern auch die fachliche Expertise von Unternehmen und Verbänden einbeziehen“. Keine Satire: Die Eingabe stammt vom Verein der Zuckerindustrie e.V.

Uganda: Menschenrechts-Schulungen von FIAN

Das ugandische Kommunalverwaltungsgesetz sieht in allen 135 Bezirken die Einrichtung von Menschenrechtskommissionen vor. Bislang hat jedoch nur ein Distrikt ein solches Komitee eingerichtet. Über ein vom Auswärtigen Amt gefördertes Projekt konnte FIAN Deutschland nun menschenrechtliche Schulungen durch unsere ugandische Schwester-Sektion ermöglichen. In den Bezirken Mukono, Wakiso, Kalangala und Mubende fanden Trainings für lokale Politiker*innen statt, an denen auch Medien, Polizeidirektionen, Gefängnisleitungen und zivilgesellschaftliche Organisationen teilnahmen. Nach einer Einführung zu menschenrechtlichen Verpflichtungen und gängigen Menschenrechtsverletzungen wurden praktische Fragen zur Einführung der Komitees diskutiert. Auch das Recht auf Nahrung und dessen Beziehung zu anderen Rechten wurden erläutert.

Die überregional erscheinende Entebbe Post berichtete und zitierte Kagimu Shafic von FIAN Uganda: „Die Schulung soll das Wissen der Distriktleitung über Menschenrechte auffrischen und stärken. Wir hoffen, dies auf weitere Bezirke ausweiten zu können“. Der Vorsitzende des Distrikts Kalangala, Rajab

Ssemakula, ergänzte: „In Kalangala beobachten wir zum Beispiel das brutale Vorgehen der Armee gegen Fischergemeinden. Wir hoffen, dass das Menschenrechtskomitee dazu beitragen wird, diese Fälle zu überwachen und aufzuklären“.



Workshop zur Einrichtung von Menschenrechtskomitees

„Die Agrarreform bleibt ein unerfülltes Versprechen“

Interview mit Joseph Purugganan

Die vorherrschende Meinung sieht drei Hauptgründe für die anhaltenden Ernährungsprobleme: die COVID-Pandemie, den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den Klimawandel. Joseph Purugganan hingegen bezeichnet die globale Ernährungskrise als eine Folge der industriellen Landwirtschaft. Purugganan koordiniert das Philippinen-Programm von Focus on the Global South. Die Organisation ist eng verbunden mit sozialen Bewegungen in Asien und entwickelt Konzepte für einen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandel.

Wie reagiert die philippinische Politik auf die aktuelle Ernährungskrise?

Joseph Purugganan: Auch in den Philippinen drückt sich die Krise in höheren Lebensmittelpreisen aus. Der neu gewählte Präsident Ferdinand Marcos Jr. ist zugleich Landwirtschaftsminister. Das ist eine politische Botschaft: Die Bewältigung der Krise wurde zur Chefsache erklärt. Auch gibt es Bemühungen, das Budget für die Landwirtschaft zu erhöhen. Dafür wurden zwei Programme ins Leben gerufen, die vor allem die Reisproduktion ankurbeln sollen.

Mit welchen Mitteln soll die Produktion gesteigert werden?

Grundsätzlich ist es zwar gut, dass die Landwirtschaft Aufmerksamkeit bekommt, aber die Lösungsansätze gehen in eine wirtschaftsorientierte Richtung. Die Programme sehen vor allem den Einsatz hybrider Sorten vor. Das ist eine Rückkehr zur Landwirtschaftspolitik von Marcos Sr. in den 1970er Jahren, die Zeit der ‚Grünen Revolution‘. Damals wurden die Bäuer*innen vom Einsatz chemischer Mittel abhängig gemacht. Die Folgen sehen wir heute: schlechtere Bodenqualität und die Schwierigkeiten in Bezug auf den Klimawandel.

Ein Kernproblem, das ungelöst bleibt, ist jedoch die Agrarreform. Sie ist ein unerfülltes Versprechen. Das Agrarreformprogramm endete im Jahr 2014, obwohl es landwirtschaftliche Flächen gibt, die noch nicht erfasst worden sind. Es bräuchte ein neues Gesetz. Entwürfe dazu liegen vor, aber sie fokussieren

darauf, wie Land produktiver bewirtschaftet werden kann. Das ist wichtig, aber auch die Umverteilung muss weitergeführt werden. Außerdem werden große Probleme nicht angesprochen: verstärkter Landraub sowie die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen in Siedlungs- und Tourismusgebiete.

Die Agrarreform von 1988 ist zustande gekommen, weil die Zivilgesellschaft stark dafür mobilisiert hat. Welche Handlungsräume hat sie heute, um politische Entscheidungen zu beeinflussen?

Derzeit ist es sehr schwierig. Landrechtsorganisationen hatten in den vergangenen Jahren mit vielen Bedrohungen zu kämpfen, angefangen mit massivem Landraub bis hin zu Drohungen gegen Bäuer*innen und Landrechtsverteidiger*innen. Vormalig starke Bauernorganisationen, die sowohl auf lokaler als auch auf nationaler politischer Ebene Einfluss nehmen konnten, erleben einen Rückgang an Mitgliedern. Das hat verschiedene Gründe: die Bedrohungen, die Pandemie sowie die verstärkte Militarisierung auf dem Land. Laut einem Bericht von *Global Witness* gehören die Philippinen zu den tödlichsten Ländern für Umwelt- und Landrechtsaktivist*innen.

Eine weitere Herausforderung ist das vorherrschende Verständnis von Entwicklung. In früheren Diskursen war die Landfrage eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es wurde damit argumentiert, dass jene Bäuer*innen, die Agrarflächen bewirtschaften, diese auch besitzen sollten. Mittlerweile wurde das Argument der sozialen Gerechtigkeit von jenem der Wirtschaftlichkeit



ersetzt. Es geht nur mehr darum, wie man den größten Profit erzielen kann: Sollen dafür Agrarflächen erhalten bleiben, oder ist es profitabler, wenn sie anders genutzt werden?

Welchen Einfluss haben internationale Finanzinstitutionen in den Philippinen?

Viel Aufmerksamkeit wird dem Thema „Innovation in der Landwirtschaft“ gewidmet, etwa neue Technologien, das Internet der Dinge, künstliche Intelligenz oder Digitalisierung. Dahin geht der aktuelle Trend. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat ein Programm zur „Förderung von klimaschonender Landwirtschaft und Produktionssteigerung“ aufgelegt. Bäuer*innen hingegen fordern unverändert eine Agrarreform und finanzielle Unterstützung.

Das heißt, diese Innovationen gehen an den Lebensrealitäten der Kleinbäuer*innen vorbei?

Die große Herausforderung ist die Frage, ob Innovationen und neue Technologien jene Nahrung produzieren können, die wir brauchen. Und was wird mit den Kleinbäuer*innen? Seit so vielen Jahren sind es kleinbäuerliche Betriebe, die die Welt ernähren. Dennoch liegt der Fokus auf den Interessen weniger großer Konzerne.

Ich glaube, wenn man ihnen die Chance und die Unterstützung gibt, können die Bäuer*innen sehr wohl neue Technologien nutzen, um ihre Produktion und ihren Lebensunterhalt zu verbessern. Dazu müssen die Technologien aber tatsächlich in ihren Händen liegen und nicht in jenen der großen Konzerne.

Gibt es dafür Ansätze?

Nein. Mehr Produktion, aber mit weniger Ressourcen – das ist die vorherrschende Idee. Dafür sind große Agrarflächen nötig, was ein Argument gegen die Umverteilung im Rahmen einer Agrarreform darstellt. Anstatt Land umzuverteilen, bräuchte man laut diesem Modell nur bestehende Agrarflächen produktiver zu machen – mit dem Einsatz von Gentechnik oder mittels Digitalisierung. Das ist nicht im Interesse der kleinbäuerlichen Betriebe, sondern fördert die industrielle Landwirtschaft.

Agrarreformen in den Philippinen

Seit Ende des 2. Weltkriegs gab es in den Philippinen mehrere Programme, um Großgrundbesitz an landlose Bäuer*innen umzuverteilen. Die letzte großangelegte Reform (Comprehensive Agrarian Reform Program / CARP) begann 1988 und endete 2014. Zu ihrem Beginn verfügten zwei Prozent der Bevölkerung über 36 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. CARP sah vor, den Besitz von Agrarflächen auf fünf Hektar pro Person zu beschränken und alles weitere Land an Landlose zu verteilen sowie Unterstützung zur produktiven Nutzung zu gewähren. Rund zehn Millionen Hektar Land sollten von CARP erfasst werden. Kann das Land nicht produktiv bearbeitet werden, wird der Besitztitel laut Gesetz wieder aberkannt. Laut amtlichen Angaben wurden 8,2 Millionen Hektar an 5,4 Millionen neue Besitzer*innen verteilt. Diese Angaben sind allerdings zweifelhaft, denn wenigstens drei Millionen Hektar wurden von der Reform ausgenommen. (Jörg Schwiieger, Online-Magazin südostasien)



Vergabe von Landtiteln auf der Bondoc-Halbinsel (© Katarungan)

Internationale Finanzinstitutionen sprechen viel von „klimafreundlichen Investitionen“. Ist das alles nur greenwashing?

Die aktuelle Politik ist stark wirtschaftsorientiert. Beispielsweise wurde in den Philippinen ein Beratungsgremium ins Leben gerufen, das große Konzerne als Partner vorsieht. Für den Bereich Ernährung etwa soll ein Immobilienkonzern beratend tätig werden. Grob betrachtet, stimme ich der Aussage zu, dass die Rede von Investitionen in klimaschonende Landwirtschaft wirklich nur *greenwashing* ist und die aktuelle Politik eher dazu dient, die Tore für Konzerninteressen zu öffnen.

Welche Lösungen und Forderungen gibt es von Seiten der Zivilgesellschaft?

Zum einen geht es darum, die Liberalisierung der Wirtschaft abzuwehren. Zum anderen haben alte Forderungen weiterhin Gültigkeit: staatliche Unterstützung für die Landwirtschaft, die Weiterführung der Agrarreform, Infrastruktur wie Straßen oder Bewässerungssysteme. Doch statt ihnen nachzugehen, hat die Regierung über Jahre hinweg die Landwirtschaft vernachlässigt. Jetzt ist Landwirtschaft wieder in den Fokus gerückt – was gut ist, aber auch Gefahren birgt. Denn wie auf der globalen Ebene, wo von einer Transformation der Ernährungssysteme die Rede ist, stellt sich die Frage: in wessen Interesse findet diese statt? Der Grund, warum die Philippinen so anfällig für steigende Lebensmittelpreise sind, ist in den politischen Entscheidungen zu finden. Hier gab es im Gegensatz zu anderen Ländern keine Schutzmaßnahmen, wie Preiskontrollen oder Barrieren für billige Importe. Die Abhängigkeit von Importen ist nun ein großes Problem. Die Lösung würde darin liegen, die lokale Produktion zu fördern. Aber wie kann das gehen, wenn Agrarflächen aufgrund von Umwidmungen schrumpfen? Wie kann das gehen, wenn die Agrarreform nur unvollständig umgesetzt worden ist? Die Philippinen sind landwirtschaftlich geprägt. Viele Bäuer*innen sind auf ihr Land angewiesen, um zu überleben. Unsere Abhängigkeit von Importen wird die Ernährungskrise nicht lösen. Sie macht uns erst recht anfällig dafür.

Fragen: Marina Wetzlmaier, Journalistin für Print und Radio mit den Schwerpunkten soziale Bewegungen, Menschenrechte, Migration und Philippinen: wetzlmaier.wordpress.com. Der Originalbeitrag erschien in der Ausgabe „Entwicklung für wen?“ des Online-Magazins südostasien (suedostasien.net) und wurde für FoodFirst leicht gekürzt und redaktionell angepasst.

Zuckerboom führt zu Vertreibung

von Eang Vuthy und Mathias Pfeifer

Viele Jahre lang führte die EU-Handelsinitiative „Alles außer Waffen“ in Kambodscha zu großflächigem Landgrabbing für den Zuckerrohranbau. Tausende wurden vertrieben. Kampagnen von Menschenrechtsorganisationen, darunter FIAN, führten zur Aberkennung der Handelspräferenz für das südostasiatische Land.

Begleitet von bewaffneten Soldaten fuhren im Februar 2010 Bulldozer in das kleine Dorf Pis in der kambodschanischen Provinz Kampong Speu. Die Anwohner*innen wussten nicht, wie ihnen geschah. „Zunächst verstand ich nicht, was vor sich ging. Erst ein paar Tage, bevor sie unser Land räumten und uns aus unseren Häusern vertrieben, hörten wir von der Landkonzession für den Zuckerrohranbau“, berichtete eine Dorfbewohnerin. Ein anderer Bauer berichtete, er habe erst am Räumungstag von der Konzession erfahren.

Die Bulldozer zerstörten das gesamte Dorf. Die Bauernfamilien wurden auf steinige Grundstücke am Fuße des naheliegenden Berges zwangsumgesiedelt. Dort leben viele bis heute unter ärmlichsten Bedingungen. Wo früher ihr Dorf, ihre Reisfelder und die Gemeindewälder von 15 Dörfern waren, entstanden riesige Zuckerrohrplantagen. Der dort angebaute Zucker wurde anschließend in die Europäische Union exportiert.

sind viele heute von prekärer Saisonarbeit auf Plantagen oder Arbeitsmigration in die Städte und Nachbarländer abhängig. Eine Studie von lokalen Menschenrechtsorganisationen aus dem Jahr 2021 zeigt: 80 bis 90 Prozent der Haushalte in den betroffenen Gemeinden sind verschuldet. In mehreren Dörfern liegt die durchschnittliche Haushaltsverschuldung bei 4.000 bis 5.000 US-Dollar. Diese massive finanzielle Belastung verschärft Probleme wie die Ernährungsunsicherheit weiter.



Prekäre Arbeit, Schulden und Hunger

Die Vertreibung in Kampong Speu war kein Einzelfall. Zwischen 2006 und 2012 kam es in vielen Regionen Kambodschas zu Landnahmen durch Zuckerunternehmen. Die kambodschanische Regierung verpachtete in diesem Zeitraum mehr als 150.000 Hektar Land an lokale und internationale Agrarkonzerne in Form sogenannter „ökonomischer Landkonzessionen“, um Zuckerrohrplantagen anzulegen.

Mindestens 5.500 Familien aus vier Provinzen waren hiervon betroffen, darunter auch indigene Kuy in der Provinz Preah Vihear. In der Provinz Koh Kong beschossen Sicherheitskräfte 2006 bei einer Räumung von 250 Familien aus der Gemeinde Chi Kor Leu mehrere Dorfbewohner*innen. Ein Aktivist der Gemeinde Chi Kor Leu, der die Vertreibung dokumentiert hatte, wurde einige Monate später ermordet aufgefunden.

Mit den Vertreibungen stürzten die Behörden die Bauernfamilien in bittere Armut. Nach dem Verlust ihrer Gemeindewälder und Ackerflächen, von denen sie sich selbst ernähren konnten,

Die Gemeinden wehren sich

Seit den Vertreibungen vor inzwischen über zehn Jahren kämpfen die Gemeinden unermüdlich für ihre Landrechte und für Wiedergutmachung. Zudem versuchen die Betroffenen, unterstützt von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die beteiligten Unternehmen und deren internationale Finanzgeber zur Rechenschaft zu ziehen. Die Behörden reagieren darauf oft, indem sie Gemeindevertreter*innen einschüchtern und kriminalisieren. Und die Zuckerunternehmen erkaufen sich regelmäßig das Schweigen einzelner Betroffener.

2010 organisierte FIAN eine Reise von Betroffenen aus der Provinz Kampong Speu nach Deutschland. Es gab eine Anhörung im Bundestag, und das ARD-Fernsehmagazin Report Mainz berichtete dazu. Daraufhin zog sich beispielsweise die in die Zuckerkonzessionen verwickelte Deutsche Bank aus ihrer Beteiligung an einem Zuckerkonzern zurück.

Gemeinden und Menschenrechtsorganisationen reichten 2014 bei der australischen Regierung eine Beschwerde gegen die australische Bank ANZ ein. Auch sie finanzierte von 2011 bis 2014 kambodschanische Zuckerkonzerne. Die Argumentation der Kläger: Die Bank verletze die Leitsätze für Multinationale Unternehmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Beschwerde war erfolgreich: 2020 zahlte die ANZ finanzielle Entschädigungen an 1.096 Familien.

Eine weitere OECD-Beschwerde gab es 2019 gegen den britischen Zertifizierer Bonsucro. Dieser hatte es unterlassen,

den thailändischen Zuckerriesen Mitr Phol für dessen Menschenrechtsverstöße bei Vertreibungen in der Provinz Oddar Meanchay zur Rechenschaft zu ziehen. Im Januar 2022 urteilte die britische OECD-Stelle: Bonsucro missachtete die OECD-Richtlinien und kam seinen Sorgfaltspflichten nicht nach. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden. Gegen Mitr Phol reichten die Betroffenen in einem separaten Verfahren eine Sammelklage bei der thailändischen Justiz ein. Das Gerichtsverfahren soll voraussichtlich in diesem Jahr beginnen.

EU-Initiative als Triebfeder

Die Handelsinitiative „Alles außer Waffen“ (EBA) ermöglicht es den am wenigsten entwickelten Ländern, Produkte zoll- und quotenfrei in den europäischen Binnenmarkt zu exportieren – seit 2009 auch Zucker. Das Handelspräferenzsystem hat laut EU „die nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in den Entwicklungsländern“ zum Ziel. Damals lagen die Zuckerpreise in der EU deutlich über dem Weltmarktpreis. Arme Länder wie Kambodscha hatten einen ökonomischen Anreiz, Zucker für den Export in die EU anzubauen.

Der kausale Zusammenhang zwischen der Initiative EBA und den Zuckerrohrplantagen in Kambodscha ist unbestritten: Vor 2009 gab es dort keine Zuckerindustrie. 2008 exportierte das Land Zucker im Wert von 28.000 US-Dollar in die Europäische Union. Nur fünf Jahre später lag dieser Wert bereits bei 51 Millionen US-Dollar. Mehrere an den Zuckerrohrplantagen beteiligte Konzerne gaben selbst an, dass die EU-Handelsinitiative eine Hauptmotivation für ihren Landerwerb war. Die Landnahme wurde durch die Zollbefreiung letztlich belohnt, EBA spülte den Zuckerinvestoren weit über zehn Millionen Euro an zusätzlichen Gewinnen in die Kassen.

Reaktion erst auf Druck der Zivilgesellschaft

Seit 2010 haben die von Zuckerkonzessionen betroffenen Gemeinden und Menschenrechtsorganisationen die Europäische Union wiederholt dazu aufgerufen, die in der Richtlinie „Alles außer Waffen“ vorgesehene Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen einzuleiten. Auch das Europaparlament forderte dies. Doch die EU wies viele Jahre die menschenrechtlichen Probleme ihrer Handelspolitik zurück. Unter anderem erkannte sie die umfassenden Berichte nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen nicht offiziell an.

Nach anhaltendem Druck vereinbarte die Europäische Kommission 2014 einen abgeschwächten „Audit-Prozess“ der Zuckerkonzessionen mit der kambodschanischen Regierung. Diese verschleppte den Prozess jedoch immer wieder. 2016 endete er ergebnislos. Nach dem Scheitern starteten die kambodschanischen Behörden 2017 einen eigenen Untersuchungsprozess, der allerdings nicht internationalen Standards entsprach.

2018 kündigte die Europäische Kommission an, sie ziehe eine Überprüfung des kambodschanischen EBA-Abkommens jetzt doch in Betracht. Hintergrund waren das Verbot der größten Oppositionspartei und die zunehmende Unterdrückung der Zivilgesellschaft sowie unabhängiger Medien. Im Februar 2019 begann die Kommission das Verfahren zur Rücknahme der EBA-Präferenzen aufgrund systematischer Verletzungen politischer und ziviler Rechte, dabei untersuchte sie auch die Landkonflikte im Zuckersektor und Verletzungen von Arbeiter*innenrechten in der Textilindustrie. Die kambodschanische Regierung versuchte



Protest von vertriebenen Kleinbäuer*innen (©LICADHO)



Gemeindegänger aus Kambodscha in Berlin vor dem Bundestag

daraufhin fieberhaft – jedoch unsystematisch –, Landkonflikte zu lösen. Sie schüchterte in einigen Gemeinden Familien ein und bedrohte sie, damit diese inadäquate Entschädigungen akzeptieren.

Am 12. Februar 2020 – deutlich über zehn Jahre nach den ersten Vertreibungen – entschied die EU, die Handelsinitiative mit Kambodscha teilweise auszusetzen. Diese Entscheidung hat bis heute Bestand. Die Erfahrungen in Kambodscha haben jedoch strukturelle Probleme sichtbar gemacht: Zum einen ist die Hürde für ein Handeln der Europäischen Kommission selbst bei systematischen Menschenrechtsverletzungen derart hoch, dass diese erst nach vielen Jahren eine Untersuchung einleitet. Die Handelsinitiative ist zum anderen blind gegenüber den negativen Auswirkungen, zu denen sie wie im Fall der Zuckerkonzessionen selbst beiträgt. Die EU muss deutlich mehr tun und ihren Teil leisten, damit die Landkonflikte in Kambodscha nach all den Jahren endlich gelöst werden – und weitere Menschenrechtsverletzungen vermieden werden.

Eang Vuthy ist Executive Director der Nichtregierungsorganisation Equitable Cambodia mit Sitz in Phnom Penh. Seine Organisation setzt sich seit Jahren für die Land- und Wohnrechte der kambodschanischen Bevölkerung ein. Mathias Pfeifer arbeitet als Südostasien-Referent bei FIAN Deutschland.

Kambodscha: Illegaler Sandabbau, Proteste und Repression

von Jannik Roters

Sand ist einer der weltweit meistabgebauten Rohstoffe und entwickelt sich zunehmend zu einem knappen Gut. Dies führt in Ländern wie Kambodscha vermehrt zu illegalem und unkontrolliertem Abbau in den Fluss- und Küstengebieten. Der unkontrollierte Sandabbau hat gravierende Folgen für Mensch und Umwelt. Kambodschanische Umweltaktivist*innen der Gruppe *Mother Nature Cambodia* setzen sich seit Jahren unermüdlich und mit großer Kreativität gegen Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen ein – und werden dafür von der autoritären Regierung Kambodschas verfolgt und inhaftiert.

Am Morgen des 27. Juli 2015 versammeln sich mehr als 100 kambodschanische Dorfbewohner*innen, Fischer*innen und Umweltaktivist*innen im Botum Sakor Distrikt der Provinz Koh Kong, um gemeinsam gegen illegal operierende Sandabbauschiffe zu protestieren. Diese sind nach Angaben lokaler Fischergemeinden für den Rückgang der Fischbestände sowie die Zerstörung der Mangrovenwälder verantwortlich. Die Protestierenden verteilen sich auf 12 Fischerboote, entern die Abba Kräne friedlich und schleppen sie aus der Flussmündung. In den folgenden Monaten erreichen die Aktivist*innen mit dieser Form des Protests, dass die Abbauarbeiten an vier der fünf Flussmündungen Koh Kongs gestoppt werden.

Ähnliche Proteste und Aktionsformen gegen illegalen Sandabbau lassen sich in zahlreichen Ländern des Globalen Südens beobachten. Seit Anfang des Jahrtausends ist die Nachfrage nach der zunehmend knappen Ressource auf den internationalen Handelsmärkten stark angestiegen. Neben diversen Einsatzgebieten in der Glas-, Elektro- und chemischen Industrie ist vor allem der weiterhin florierende Bausektor auf Sand angewiesen. Dies führte dazu, dass Sand auf dem Weltmarkt kontinuierlich begehrter wurde, der Bedarf ebenso wie der Preis exponentiell stiegen und im Lauf der Zeit immer neue Abbaugelände rund um den Globus erschlossen wurden. Die unkontrollierte Entwicklung hat extreme Folgen für die Natur und die betroffenen Bevölkerungen: Verlust der Biodiversität aquatischer Ökosysteme und Artensterben auf der einen, Vertreibung, Landrechtskonflikte und Verlust der Lebensgrundlagen lokaler Gemeinden auf der anderen Seite.

Verheerende Umweltschäden und menschenrechtliche Folgen

Bei der Förderung von Sand durch Saugpumpen und Schwimmbagger werden jegliche Lebewesen am Meeresgrund bzw.

Flussbett entfernt und ihr Lebensraum irreversibel zerstört. Dieser Umstand führt zu einer Verringerung der Vielfalt und Populationsgröße von Krebstieren, Muscheln, Algen und anderer wirbelloser Makroorganismen, die wiederum als Nahrungsquelle für diverse Fischarten dienen. Für die vom Fischfang lebende Bevölkerung dieser Gebiete führt dies zu einer Gefährdung des Menschenrechts auf Nahrung.

Die Wasser- und Luftverschmutzung durch Öl, Abwasser und Abgase der Schwimmbagger sowie der anhaltende Abbaulärm verdrängen nicht nur Tierarten aus ihrem angestammten Lebensraum, sondern gefährden zusammen mit den austrocknenden Wasserquellen wiederum das Recht auf eine gesunde Umwelt sowie das Recht auf Wasser der angrenzenden Gemeinden. Eine weitere Bedrohung entsteht durch die in Kambodscha zunehmend auftretende Ufererosion, da sich der Bodenabtrag – beispielsweise am Flussbett – mit Material der Uferkanten ausgleicht, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit von (Infrastruktur-) Einstürzen erhöht. Die so entstehende Instabilität der Uferkanten lässt ganze Ufer- und Strandabschnitte abrutschen, was zu vermehrten Überschwemmungen des Hinterlandes führt. Dies beeinträchtigt unter anderem das Recht auf Wohnen wie auch das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard.

In Kambodscha leiden Gemeinden im ganzen Land an den Folgen des Sandabbaus. 86 Prozent der Bevölkerung leben im Einzugsgebiet des unteren Mekongs, wo laut wissenschaftlicher Studien 2011 bereits 30 Millionen Tonnen Sand abgebaut wurden – knapp zehn Jahre später sind es bereits 50 Millionen Tonnen jährlich. Die Leidtragenden sind etwa die Fischer*innen im oben angesprochenen Distrikt Botum Sakor oder die Bewohner*innen des am Mekong gelegenen Dorfes Roka Koang in der Nähe der Hauptstadt Phnom Penh. Allein 2021 gab es hier drei große UferEinstürze von bis zu 200 Metern, infolgedessen viele Familien das Dorf verlassen mussten. Zuletzt wurden Ende



Sandabbau in Kambodscha (© Mother Nature Cambodia)

April 2023 rund 30 Häuser in einem Dorf am Tonle-Sap Fluss – einem wichtigen Mekong-Zubringer in dem der Sandabbau ebenfalls floriert – beim Einsturz des Ufers zerstört.

Aktivist*innen von *Mother Nature* riskieren viel

Der hohe Sandexport der letzten 15 Jahre mit seinen ökologischen und sozialen Folgen hat zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die autoritäre Regierung ausgelöst. Denn die Profiteure dieser Industrie sind Regierungsangehörige sowie politisch gut vernetzte Geschäftsleute und Oligarchen. Diese nutzen den abgebauten Sand für großangelegte Infrastrukturvorhaben wie das Megaprojekt ING-City, das auf einem aufgeschütteten Feuchtgebiet in der Hauptstadt Phnom Penh entsteht, oder verkaufen den Sand am Staatshaushalt vorbei ins Ausland.



Eingestürzte Häuser am Flussufer (© Mother Nature Cambodia)

Die Aktivist*innen von *Mother Nature* deckten Handelsdiskrepanzen auf, indem sie die offiziellen kambodschanischen Exportangaben mit den Importdaten von Staaten wie Singapur oder Indien verglichen. Diese wiesen erhebliche Unterschiede in der Höhe der aus- bzw. eingefahrenen Sandmenge auf. Durch Film- und Fotoaufnahmen konnten sie beweisen, dass verschiedene Unternehmen mit staatlicher Beteiligung Sand abbauen, ohne die benötigten Lizenzen oder Umweltzertifikate zu besitzen. Mit kreativen Videos und Postings auf sozialen Medien zur Aufklärung der Bevölkerung erreicht *Mother Nature* teilweise Millionen Aufrufe. Sie nutzen Facebook, YouTube, Twitter und Co. als alternative Informationsquellen zu den staatlichen Medien, um ihre regierungskritischen Positionen zu äußern und diese über die Grenzen Kambodschas hinaus zugänglich zu machen. Dieser digitale Aktivismus verschaffte *Mother Nature* und ihren Forderungen eine (inter-)nationale Wahrnehmung, die sich in zahlreichen Veröffentlichungen widerspiegelt (u.a. Der Spiegel, Le Monde, National Geographic, BBC oder Al Jazeera). Der so entstandene öffentliche Druck zwang die Regierung 2016 zunächst dazu, ein partielles und ein Jahr später ein vollständiges Exportverbot auszusprechen. In der Praxis wird dieses Gesetz jedoch kaum umgesetzt.

Repression nimmt zu

Aufgrund der öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen und direkten Kritik an der Regierung geriet *Mother Nature* immer wieder ins Fadenkreuz des kambodschanischen Regimes. Zwischen 2015 und 2017 landeten fünf Aktivist*innen für mehrere Monate im Gefängnis. Ein Mitbegründer der



Screenshot eines viralen Videos (© Mother Nature Cambodia)

Gruppe – der spanische Umweltaktivist Alejandro Gonzalez-Davidson – wurde des Landes verwiesen. Im Jahr 2017 wurde dann auch die offizielle Registrierung der Organisation nach einer Einschüchterungskampagne gegen einen weiteren Mitbegründer zurückgezogen. Doch die Umweltschützer*innen ließen sich von diesen Repressalien nicht einschüchtern und setzten ihren friedlichen Aktivismus gegen Umweltzerstörung fort. Im September 2020 kam es dann zu weiteren Verhaftungen. Die Aktivist*innen Long Kunthea, Phouon Keoraksmeay und Thun Ratha wurden festgenommen und wegen angeblicher Aufwiegelung zu 18 bis 20 Monaten Haft verurteilt, nachdem die damals 20-jährige Long Kunthea verkündete, dass sie alleine zum Haus des Premierministers marschieren wolle, um auf die Auswirkungen der Sandaufschüttungen in Phnom Penh aufmerksam zu machen. Im Juni 2021 wurden drei weitere Aktivist*innen verhaftet. Ihnen – sowie Kunthea, Keoraksmeay und Ratha – wird Verschwörung gegen den Staat vorgeworfen. Dafür droht ihnen bis zu 10 Jahre Haft. Nach internationalem Aufruhr kamen die sechs Umweltschützer*innen im November 2021 vorerst gegen Kaution auf freien Fuß und warten seither auf den Beginn ihres Gerichtsverfahrens. Sie stehen weiterhin unter richterlicher Aufsicht, müssen zu einer monatlichen Kontrolle bei den örtlichen Behörden vorsprechen und leiden unter Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit. Trotz dieser Repressalien setzen sich die Aktivist*innen von *Mother Nature* weiter aktiv und friedlich für eine transparente und ressourcenschonende (Umwelt-)Politik sowie die Achtung der Menschenrechte ein.



Die angeklagten Aktivistinnen Keoraksmeay und Kunthea vor Gericht, März 2021 (© LICADHO)

Landverlust in Kambodscha – Gewinne in Deutschland

Gespräch mit Naly Pilorge

In Kambodscha haben Millionen Menschen einen Mikrokredit aufgenommen. Viele Betroffene sind überschuldet und von Landverlust bedroht. Hiervon profitieren auch deutsche Investoren. Unsere Interviewpartnerin Naly Pilorge ist Direktorin der *Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights (LICADHO)*. Bei LICADHO arbeitet sie seit 18 Jahren zu Menschenrechten in Kambodscha und kooperiert hierbei eng mit FIAN. Pilorge fordert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf, zu handeln und in Sachen Menschenrechtsverletzungen im Mikrofinanzsektor Verantwortung zu übernehmen.

Der Mikrofinanzsektor in Kambodscha steht seit einigen Jahren in der Kritik. Warum?

Kambodschaner*innen haben pro Kopf die höchsten Mikrokreditschulden in der Welt. Die durchschnittliche Kredithöhe liegt bei über 5.000 US-Dollar, mehr als das Jahreseinkommen von 95 Prozent der Bevölkerung. Der Großteil dieser Kleinkredite ist mit den Landtiteln der Kreditnehmer*innen besichert, was deren Häuser, Felder und Lebensgrundlagen bedroht. Gleichzeitig rangiert Kambodscha im Hinblick auf den Kund*innenschutz in diesem Sektor weltweit auf den hinteren Plätzen. Auch Korruption ist weit verbreitet, und um Rechtsstaatlichkeit ist es im Land schlecht bestellt.

Was sind die Folgen?

Die Kombination aus enorm hohen Mikrokrediten und Zinsen, profitgierigen Mikrofinanz-Institutionen (MFIs) und Banken, rücksichtslosen Investoren und fehlendem Schutz für die Kreditnehmer*innen ergibt eine gefährliche Mischung. In den letzten Jahren stellten mehrere Berichte fest: Mikrokreditschulden führen zu erzwungenen Landverkäufen, schuldengetriebener Migration, Kinderarbeit und Hunger.

Welche Rolle spielt hierbei die deutsche Entwicklungszusammenarbeit?

Die deutsche Regierung hat dutzende Millionen Euro in kambodschanische MFIs gesteckt und damit die rasante Expansion des Sektors finanziert, ohne angemessene Sorgfaltsprüfungen durchzuführen. Diese Investitionen richten in Kambodscha unglaublichen Schaden an, während sie der Bundesregierung Gewinne bescheren. Deutschland muss endlich Maßnahmen einleiten, um den Kreditnehmer*innen, die unter diesen räuberischen Kreditpraktiken gelitten haben, zu helfen und Wiedergutmachung zu leisten.



Naly Pilorge, Direktorin von LICADHO

Wie haben das BMZ und die bundeseigenen Entwicklungsbanken KfW und DEG zu der Entwicklung beigetragen?

Die KfW ist an Amret, einer der größten MFI in Kambodscha, über dessen größten Anteilseigner Advans SA beteiligt. Sowohl die KfW als auch das BMZ finanzieren über den Fonds *Microfinance Enhancement Facility (MEF)* kambodschanische MFIs mit mehreren Millionen Dollar. Die KfW ist zudem Gründungsaktionär des Fonds *Microfinance Initiative For Asia (MIFA)*, der ebenfalls in mehrere kambodschanische MFI investiert. Seit 2018 hat auch die KfW-Tochter DEG mindestens 75 Millionen US-Dollar in den Sektor investiert. Darunter sind 45 Millionen US-Dollar, die genehmigt wurden, nachdem LICADHO und andere kambodschanische NGOs seit August 2019 wiederholt öffentlich auf Menschenrechtsverletzungen im Mikrofinanzsektor hingewiesen hatten.

Was fordern Sie von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit?

Kurzfristig müsste die deutsche Regierung einen Entschuldungsfonds einrichten und Wiedergutmachungen für



Mikrofinanzanbieter Amret, an dem die KfW beteiligt ist



Auch die AIIB möchte sich im Mikrofinanzsektor Kambodschas engagieren (World Bank/Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)

geschädigte Kreditnehmer*innen bereitstellen. So könnte die Anzahl der Landverkäufe und Menschenrechtsverletzungen, die aus Investitionen deutscher Steuergelder resultieren, begrenzt werden. Längerfristig sollte die Bundesregierung ihren Einfluss auf die von ihr (mit-)finanzierten MFI nutzen, um rücksichtslose Kreditpraktiken zu unterbinden und den Einsatz von Landtiteln als Sicherheit für Mikrokredite zu beenden.

Würde das den Sektor verändern?

Natürlich ist die deutsche Regierung nicht der einzige Akteur, und sie kann nicht alle Probleme lösen. Aber sie muss Verantwortung übernehmen und die Schäden wiedergutmachen, die durch ihre Investitionen entstanden sind. Verantwortung zu übernehmen würde auch als Beispiel für andere Investoren dienen.

Das INEF (Institut für Entwicklung und Frieden) hat kürzlich eine vom BMZ finanzierte Studie veröffentlicht. Was halten Sie von deren Ergebnissen und Empfehlungen?

Die INEF-Studie war längst überfällig. Der richtige Zeitpunkt für die Untersuchung wäre vor fünf Jahren gewesen, als das BMZ bereits zahlreiche Hinweise auf gravierende Probleme im kambodschanischen Mikrofinanzsektor hatte. Wir glauben, dass die Studie die Landverkäufe eher zurückhaltend eingeschätzt hat. Nicht alle interviewten Kreditnehmer*innen wurden gefragt, ob sie Land verkauft haben, um Schulden zurückzuzahlen. Daher ist es wahrscheinlich, dass die schuldengetriebenen Landverkäufe noch höher liegen. Doch selbst, wenn man nur die Zahlen der INEF-Studie zugrunde legt, wird klar, dass es massive Probleme im Mikrofinanzsektor gibt, die angegangen werden müssen.

In Ihren Berichten kommen Sie zu dem Schluss, dass die Menschenrechtsverletzungen systematisch sind. Das BMZ hat hierauf geantwortet, es handele sich um Einzelfälle. Was sagen Sie dazu?

Wer behauptet, es handele sich um Einzelfälle einiger schlechter Akteure, liegt falsch. Die INEF-Studie geht von fast 100 erzwungenen Landverkäufen pro Tag in den letzten fünf Jahren aus. Das bedeutet, dass alle 16 Minuten Land verkauft wird; insgesamt 167.000 Landverkäufe seit 2017 – nur um Mikrokredite zu begleichen! Wir haben räuberische Kreditpraktiken und Menschenrechtsverletzungen in mehr als einem Dutzend Provinzen in Kambodscha dokumentiert, an denen alle großen Mikrofinanzkreditgeber des Landes beteiligt sind. Dies ist ganz klar ein systematisches Problem.

Was erwarten Sie von den beteiligten staatlichen Investoren?

Wir erwarten von staatlichen Entwicklungsinstitutionen und Banken wie dem BMZ und der KfW, dass sie sich stärker für Menschenrechte einsetzen, wie in ihren Richtlinien vorgeschrieben. Leider mussten wir feststellen, dass diese Richtlinien zwar auf dem Papier existieren, aber bei den Investitionsentscheidungen nicht immer angewandt werden. Die INEF-Studie hat zur Aufmerksamkeit des BMZ und der KfW für die Probleme im Sektor geführt, doch es mangelt weiterhin an der Bereitschaft, diese anhaltende Katastrophe anzugehen.

Wie sehen Sie das Engagement von privaten Investoren wie Oikocredit? Arbeiten sie anders als die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit?

Jeder Investor trägt zu diesen Missständen bei, und jeder Investor hat die Verantwortung, schädliche Investitionen zu stoppen und den betroffenen Kreditnehmer*innen Wiedergutmachung zu leisten.

Vor kurzem hat auch die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) Investitionen in Höhe von 175 Millionen US-Dollar in den kambodschanischen Mikrofinanzsektor genehmigt. Wie beurteilen Sie dieses Engagement?

Es ist beunruhigend, dass die AIIB diese Investitionen trotz jahrelanger Berichterstattung über die Missstände in diesem Sektor vorschlägt. Deutschland ist einer der größten Anteilseigner der Bank. Wir arbeiten mit mehreren Partnern, darunter auch FIAN, zusammen, um sicherzustellen, dass die Landtitel an die Kreditnehmer*innen zurückgegeben und die Schäden behoben werden, bevor weitere Investitionen in den Sektor getätigt werden. Die AIIB-Darlehen sind noch nicht ausgezahlt worden und wir drängen weiter darauf, dass Schutz der Kund*innen gestärkt und gewährleistet ist, bevor neue Investitionen getätigt werden.



Jugendaktivist*innen protestieren vor MFI-Filialen und werden verhaftet (© LICADHO)

Wie können Mikrokredite in Kambodscha auf sinnvolle und faire Weise vergeben werden und den Kreditsuchenden wirklich helfen?

LICADHO arbeitet nicht zu finanzieller Inklusion, sondern ist eine Menschenrechtsorganisation. Wir wollen, dass alle Institutionen die Menschenrechte jeder/s Kambodschaners/in respektieren. Das schließt MFIs und ihre Investoren mit ein. Ein gut funktionierender MFI-Sektor ist einer, der die Kreditnehmer*innen nicht so weit überschuldet, dass sie gezwungen sind, ihr Land zu verkaufen, zu hungern oder zu migrieren, um ihre Kredite zurückzuzahlen.

Interview und Übersetzung aus dem Englischen: Raphael Göpel. Der Originalbeitrag erschien am 16. März 2023 in der Ausgabe „Entwicklung für wen?“ des Online-Magazins südostasien (suedostasien.net) und wurde für FoodFirst leicht gekürzt und redaktionell angepasst. Raphael Göpel arbeitet bei der Stiftung Asienhaus zu Kambodscha und Indonesien. Bei FIAN Deutschland engagiert er sich ehrenamtlich in der Lokalgruppe Rheinland und seit 2021 im Vorstand.

Indonesien: Geplantes Zementwerk bedroht Existenzgrundlage Tausender Bäuer*innen

von Mathias Pfeifer

Das geplante Zementwerk des deutschen Zementriesen Heidelberg Materials (vormals HeidelbergCement AG) in Zentraljava bedroht die Wasserressourcen und die Nahrungssicherheit von mindestens 35.000 Bäuer*innen. Die lokale Bevölkerung, darunter auch indigene Gemeinschaften, versucht seit zehn Jahren mit allen friedlichen Mitteln, das Großprojekt zu verhindern. FIAN unterstützt die lokale Bürgerbewegung seit 2020 in ihrem Kampf. Im vergangenen Jahr reiste FIAN nach Zentraljava und traf sich mit betroffenen Bäuer*innen und Gemeindevertreter*innen.

Die Reisfelder am Fuße des Kendeng-Gebirges im Landkreis Pati in Zentraljava leuchten noch in sattem Grün. Auf den äußerst fruchtbaren Böden wachsen neben Reis auch Mais, Süßkartoffeln, Bananen, Zuckerrohr, Chili und vieles mehr – nicht zuletzt dank der zahlreichen Wasserquellen, die sich aus dem Karstgebirge speisen. Die Provinz Zentraljava gehört auch aufgrund der äußerst ertragreichen Landwirtschaft zu den am dichtesten besiedelten Regionen Indonesiens, dem Land mit der viertgrößten Bevölkerung der Welt. Doch in Pati könnte ein geplantes Zementprojekt mit einer riesigen Kalksteinmine schon bald die Wasserressourcen zerstören und zur Ernährungsunsicherheit der lokalen Bevölkerung beitragen.

„Wir können hier dreimal im Jahr Reis ernten, der Boden ist sehr fruchtbar und es gibt ausreichend Wasser“, so ein Gemeindevertreter gegenüber FIAN. „Doch nicht weit von hier soll das Zementwerk entstehen und große Mengen Kalkstein abgebaut werden. Die Folgen wären verheerend, nicht nur für die Wasserversorgung und die Landwirtschaft. Auch das soziale Gefüge in den Dörfern würde zusammenbrechen“, so der Landwirt. Die Gemeinden wüssten, was für sie auf dem Spiel stehe und würden deshalb alles tun, um das Projekt zu verhindern.



Bäuer*innen betonieren sich bei Protesten in Jakarta die Füße ein (© Save Kendeng)

tagelang in der Hauptstadt Jakarta und betonierten sich sogar die Füße ein. Ihnen wurde schließlich ein Treffen mit dem indonesischen Präsidenten gewährt. Dieser ordnete daraufhin eine „strategische Umweltstudie“ an, welche die Befürchtungen der Bürgerbewegung über die negativen Auswirkungen weiterer Bergbauprojekte bestätigte. Mit Hilfe einer lokalen Rechtshilfeorganisation zog JM-PPK auch vor Gericht, welches ihnen zunächst Recht gab. Später wurde das Urteil jedoch von einer höheren Instanz aufgehoben und die Klage abgewiesen. Die betroffenen Gemeinden versuchten daraufhin, internationale Beschwerdewege zu beschreiten, zunächst bei der unabhängigen Ombudsstelle der Weltbanktochter *International Finance Corporation* (IFC). Die IFC hatte jedoch die Zusammenarbeit mit einem der Finanziers von Heidelberg Materials bereits beendet. Die Beschwerde wurde nicht weiter verfolgt. Im September 2020 reichten die Gemeinden mit Unterstützung von FIAN, Inclusive Development International und der Heinrich-Böll-Stiftung eine Beschwerde bei der Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen der Bundesregierung ein. Doch auch im Rahmen dieses Beschwerdeverfahrens konnte keine Einigung zwischen den Unternehmen und den betroffenen Gemeinden erzielt werden.

Der Widerstand der lokalen Bäuer*innen gegen das Projekt geht nun weiter; FIAN leistet hierbei weiter Unterstützung. Der Kahlschlag im Kendeng-Gebirge und die bereits bestehenden – zum Teil illegalen – Zementminen sowie die Auswirkungen des Klimawandels führen in einigen Regionen Patis bereits zu Dürren. Weitere Bergbauprojekte, wie das von Heidelberg Materials, würden diese Entwicklung weiter verschärfen. Die Gemeinden fordern deshalb von der indonesischen Regierung, den Bergbau im Karstgebirge zu stoppen und die Region unter Schutz zu stellen.



Bergbauprojekte gefährden die ertragreiche Landwirtschaft in Zentraljava

Lokaler Widerstand und internationale Beschwerden

PT Indocement, ein Tochterunternehmen des deutschen DAX-Konzerns Heidelberg Materials, plant das Zementwerk bereits seit 2010. Doch der hartnäckige Widerstand der lokalen Bürgerbewegung JM-PPK hat den Baubeginn bisher verzögert. Immer wieder protestierten die Bäuer*innen, kampierten

Escazú-Abkommen: Umweltrechte sind Menschenrechte

von Marian Henn

Vor zwei Jahren ist das Abkommen von Escazú in Kraft getreten, welches in Lateinamerika und der Karibik den Zugang zu Umweltinformationen, die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie juristische Verfahren in Umweltangelegenheiten regelt. Für Menschenrechts- und Umweltorganisationen stellt das Abkommen einen Meilenstein dar. Die Umsetzung ist jedoch noch lange nicht abgeschlossen und benötigt Unterstützung.

Mit dem Escazú-Vertrag wird erstmals ein gemeinsamer Rechtsrahmen geschaffen, dessen vier Elemente eine nachhaltige Entwicklung in Lateinamerika ermöglichen sollen: Erstens garantiert das Abkommen betroffenen Gemeinden den Zugang zu umweltrelevanten Informationen; diese müssen auch in lokalen Sprachen und in verständlicher Form zugänglich sein. In der zweiten Säule definiert das Abkommen weitgreifende Regelungen zur Partizipation der Zivilgesellschaft bei Investitionen, die sie betreffen. Drittens sieht der Vertrag umfassende Klagerechte vor. Hierzu sollen die Staaten ein spezialisiertes Justizwesen zu Umweltfragen aufbauen. Bei diesen Umweltgerichtshöfen gilt die Beweislastumkehr – d.h. nicht mehr Betroffene müssen einen Umweltschaden nachweisen, sondern angeklagte Unternehmen müssen darlegen, dass sie die geschilderten Probleme nicht verursacht haben.

Zuletzt verpflichten sich die Staaten dazu, den Schutz von Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen zu gewährleisten. Escazú verlangt eine Präventionspolitik, damit es erst gar nicht zu Drohungen kommt. Demnach müssen zum Beispiel Desinformations- und Hetzkampagnen gegen Aktivist*innen unterbunden werden. Insbesondere der letzte Aspekt macht Escazú zu einem global einzigartigen Instrument, da es nicht nur versucht, die natürlichen Ressourcen zu schützen, sondern auch diejenigen, die sich oft unter Einsatz des eigenen Lebens für den Erhalt von Wäldern, eine intakte Umwelt und sauberes Wasser engagieren.

Hohe Bedeutung für Lateinamerika

Lateinamerika ist nach wie vor die mit Abstand gefährlichste Region auf dem Planeten für Umweltverteidiger*innen. Laut dem jüngsten Bericht von *Global Witness* fanden dort im Jahr 2021 mehr als drei Viertel aller Angriffe auf Umweltschützer*innen weltweit statt. Insgesamt wurden in Lateinamerika im letzten Jahrzehnt mehr als 1.200 Morde gezählt. Indigene sind

hiervon überdurchschnittlich stark betroffen. Der Hintergrund der meisten Morde sind Konflikte um Land und Bergbau, wobei die Rechte von indigenen, afrodeszendenten und bäuerlichen Bevölkerungsgruppen immer wieder missachtet werden. Allein in Honduras beispielsweise gibt es über 500 Konzessionen für Bergbau- und Energieprojekte. In der Mehrzahl wurden indigene Landnutzungsrechte nachweislich übergeben. An der Karibikküste bedrohen international finanzierte Privatstädte, sogenannte ZEDES, die natürlichen Lebensgrundlagen von Garifuna-Gemeinden. Im Golf von Fonseca, wo FIAN Fischereigemeinden im Kampf gegen Umweltzerstörung und Entwaldung unterstützt, fallen pro Jahr knapp 300 Hektar Mangrovenwald dem Ausbau von industriellen Garnelenfarmen zum Opfer. „Die Bedrohungslage für Aktivist*innen ist in Honduras besonders gravierend“, so Kelly Sorto von honduranischen Netzwerk für Escazú (*Red Hondureña por Escazú*). Sie betont die Notwendigkeit, sich dem Abkommen anzuschließen. Bei dem Netzwerk handelt es sich um einen Zusammenschluss von 32 Organisationen, darunter FIAN Honduras, das sich gegenüber dem honduranischen Staat für die Ratifizierung einsetzt.

Deutschland und EU müssen Escazú fördern

Auch für Deutschland und Europa ist das Abkommen in Anbetracht vielfältiger Rohstoff- und Agrarlieferketten aus Lateinamerika bedeutsam. In diesem Zusammenhang hatten im letzten Jahr 138 Organisationen – darunter FIAN – die Europäische Kommission aufgefordert, die umweltbezogenen Teilhaberechte von Escazú im Europäischen Lieferkettengesetz als verpflichtende Norm aufzunehmen. Zudem liegt es in der Verantwortung Deutschlands, die lateinamerikanischen Staaten im Politikdialog auf die Notwendigkeit einer Ratifizierung hinzuweisen und die konkrete Implementierung des Abkommens konstruktiv zu begleiten.

Das Abkommen wurde 2018 von der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) im costaricanischen Escazú verabschiedet, bevor es im April 2021 in Kraft trat. Es steht allen 33 lateinamerikanischen und karibischen Ländern offen. 25 Staaten haben es inzwischen unterzeichnet. Allerdings wurde das Abkommen bisher nur von 15 Ländern ratifiziert. Erst hierdurch werden die Verpflichtungen völkerrechtlich bindend und können ihre Wirksamkeit entfalten.

Guatemala: Recherchen auf heißem Pflaster

von Andreas Boueke

Weltweit nutzen Reporterinnen und Reporter soziale Netzwerke und lokale Radiostationen, um Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen. In Guatemala geht es indigenen Reporterinnen vor allem darum, den Angehörigen ihrer Völker und besonders Frauen eine Stimme zu geben. Repression und Medienkonzentration nehmen in beängstigendem Umfang zu.

Ein Demonstrationszug läuft über die Einkaufsstraßen des alten Zentrums von Guatemala-Stadt, vorbei an renovierungsbedürftigen Wohnhäusern, kolonialen Kirchen, farbenfrohen Läden und modernen Bankfilialen, vor denen Sicherheitspersonal Wache schiebt. Die meisten Demonstrierenden sind Frauen: Allein in den vergangenen 20 Jahren wurden in Guatemala rund dreizehntausend Frauen und Mädchen ermordet.

Kameramänner mit den Logos kleiner Produktionsfirmen filmen den Protest. Eine europäische Fotografin stellt sich auf eine Parkbank, um den Blickwinkel ihrer Kamera zu verbessern. Indigene Reporterinnen nutzen ihre Smartphones für Fotos und Interviews. In der Menge taucht mal hier, mal da der braune Hut und die farbenfrohe Tracht der Gemeindereporterin Angela Cuc auf. Die junge Frau recherchiert über die Lebenswirklichkeit von Mayafrauen. „In einem Land wie Guatemala ist es sehr schwierig, sicher zu stellen, dass die Rechte von Frauen respektiert werden“, sagt sie und wischt Schweißtropfen von ihrer Brille. „Uns steht ein Staat gegenüber, der vom Machismo geprägt ist. Seine Strukturen sind frauenfeindlich. Wer versucht, in den großen Medien Berichte über die ausgegrenzten Teile der Bevölkerung unterzubringen, hat es schwer.“

Chronische Unterernährung von Kindern

Angela Cuc stammt aus dem Volk der Kaqchikel. Sie schreibt für verschiedene alternative Publikationen in Guatemala und als Korrespondentin eines indigenen Radioprogramms in Ecuador. Im hinteren Teil des Protestzugs trifft sie auf die Vereinigung CENTINELAS. Deren Pressesprecherin Mayra Rodriguez ist gerne bereit zu einem Interview: „Die Kriminalisierung nimmt zu,

und immer häufiger sind mutige Frauen betroffen. Sie kämpfen gegen ein System, das von Korruption und persönlichen Interessen manipuliert wird. Die ständige Bedrohung erzeugt ein Klima des Terrors.“

In einer Rangliste der Pressefreiheit von 2022 steht Guatemala im unteren Drittel. CENTINELAS bemüht sich seit Jahren, Gläubige verschiedener Religionen im Engagement gegen Zensur und Korruption zusammen zu führen. Gemeinsam fordern sie ein Ende der Gewalt und mehr Transparenz in Wirtschaft und Politik, erklärt Mayra Rodriguez: „In Guatemala leidet die Hälfte der Kinder an chronischer Unterernährung. Das muss sich ändern. Frauen, die verfolgt werden, weil sie über Korruption schreiben und für Verbesserungen kämpfen, sind für uns ein Vorbild der Würde.“

Atmosphäre der Angst

Angela Cuc freut sich über die Anerkennung ihrer Arbeit. „Wer die Interessen der Politiker durchkreuzt, bekommt Probleme. Wenn du darüber berichtest, wie die Frauen der indigenen Völker ihr Land und ihre Körper verteidigen, wirst du von der Regierung als Staatsfeind angesehen.“ In Lateinamerika gilt nur das Nachbarland Mexiko als noch gefährlicher für Journalistinnen. Dabei gab es eine Zeit des Aufbruchs und der Hoffnung. Als im Dezember 1996 der Bürgerkrieg zu Ende ging, erlebte die Gesellschaft eine demokratische Entwicklung. Die Pressefreiheit wurde einige Jahre lang respektiert. Viele Menschen gewöhnten sich daran, die Regierung weitgehend ohne Angst zu kritisieren. Doch zwei Jahrzehnte später werden wieder viele Menschenrechtsaktivistinnen, kritische Reporter, aber auch unabhängige



Protest gegen die Ermordung von Frauen

Richterinnen und Mitarbeiter der Kirchen eingeschüchtert. Es kommt zu Anschlägen und Morden. Staatsanwältinnen, die Fälle von Korruption aufgedeckt hatten, werden mit fadenscheinigen Vorwürfen diskreditiert. Im Jahr 2022 wurden über dreihundert Justizangestellte inhaftiert. Die Atmosphäre der Angst treibt Oppositionelle ins Exil.

Hohe Medienkonzentration

Frauen der Mayabevölkerung gehören seit Jahrhunderten zu den am stärksten ausgegrenzten Gruppen des amerikanischen Kontinents. In den Fernsehkanälen Guatemalas wird nur sehr selten über diese Missstände berichtet. Es gibt drei Sender, die im ganzen Land empfangen werden können; ihre abendlichen Nachrichten sind die wichtigste Informationsquelle für einen Großteil der verarmten Bevölkerung. Doch alle drei Sender sind im Besitz eines einzigen Mannes, des mexikanischen Medienmoguls Ángel Gonzales. Zudem besitzt er zahlreiche Kinos und mehrere Radiostationen. Sein Einfluss auf die Kultur und Politik des Landes ist enorm – und er zeigt wenig Skrupel, seine Macht zu verteidigen.

Angela Cuc weiß, dass eine plurale und diverse Berichterstattung in Guatemala ein weit entferntes Ziel ist: „Viele Leute können nicht akzeptieren, dass wir indigenen Frauen Widerstand leisten. Deshalb wollen sie verhindern, dass wir ein Mikrofon in die Hand nehmen und uns an der Berichterstattung beteiligen.“ Die meisten ihrer Kolleginnen sind noch jung, aber viele hatten schon Konflikte mit der Polizei. Der einen wurde die Fotoausrüstung konfisziert; die andere wurde festgenommen und verhört; manche wurden geschlagen. Angela Cuc selbst musste mehrere Nächte in einer Zelle verbringen, bis ein Richter sie freisprach – weil es keinerlei Beweise gab für den Vorwurf, sie sei Mitglied einer terroristischen Vereinigung. „Die Angst ist eine ständige Begleiterin dieser Arbeit. Auf den Schutz der Polizei können wir nicht zählen, auch wenn du dich als Journalistin ausweisen kannst.“

Repression vor allem gegen Frauen

Als der Demonstrationzug den zentralen Platz erreicht, führt eine Gruppe Mädchen vor der Kathedrale einen Tanz auf. In dem Gebäude dahinter sitzt die Sozialwissenschaftlerin Gloria Gonzales in ihrem Büro. Sie berät die guatemalteke Bischöfskonferenz bei Landkonflikten und Projekten zur ländlichen Entwicklung. „Früher waren die Anführer der Kämpfe indigener Gemeinden meist männlich. Aber jetzt geht es immer häufiger um die Bewahrung der Schöpfung und die Verteidigung natürlicher Ressourcen. Häufig stehen Frauen an der Spitze des Widerstands. Mag sein, dass ihre Identifikation mit Mutter Natur besonders ausgeprägt ist.“ Gloria Gonzales hält es für eine wichtige Aufgabe der Kirche, diese Frauen zu unterstützen. „In diesem Land leben wir alle in Gefahr. Aber das Risiko der Anführerinnen sozialer und ökologischer Bewegungen ist besonders groß. Einige mussten das Land verlassen. Manche sind im Gefängnis.“

Ab und zu beschäftigt das Menschenrechtszentrum der Diözese indigene Reporterinnen, die aus abgelegenen Gemeinden

berichten. Die Jurastudentin Ana Matzir arbeitet als freischaffende Videoproduzentin: „Ich bemühe mich, immer auch Mitglieder der verarmten Dorfgemeinden zu Wort kommen zu lassen und zu stärken. Manchmal geht es darum, Aufmerksamkeit für politische Gefangene zu schaffen. In letzter Zeit habe ich über den Widerstand einiger Gemeinden gegen Bergbauprojekte recherchiert.“

Gefährlich wird es besonders dann, wenn solche Berichterstattung auf Umweltzerstörung aufmerksam macht und sich gegen die Interessen finanzstarker Unternehmen richtet. Gloria Gonzales weiß, dass sich junge Reporterinnen oft in Gefahr bringen: „Sie begeben sich ins Auge des Hurrikans. Dort sind sie nicht nur deshalb besonders gefährdet, weil sie Frauen sind, sondern auch, weil sie einem Mayavolk angehören. Ihre Stimmen sind wichtig. Sie können viele andere Menschen informieren und mobilisieren. Deshalb bemühen wir uns, ihnen mehr Gehör zu verschaffen.“



Die bekannte indigene Aktivistin Rosalina Tuyuc

Eine der bekanntesten Stimmen der Mayabevölkerung Guatemalas ist die von Rosalina Tuyuc. Ihr Mann und ihr Vater wurden während des Bürgerkriegs von der Armee ermordet. Daraufhin hat sie CONAVIGUA gegründet, die Vereinigung der Kriegswitwen Guatemalas. Später wurde sie zur Vizepräsidentin des guatemaltekeischen Parlaments gewählt. Heute beobachtet sie mit Sorge, wie die Regierung und die großen Medien immer mehr Räume alternativer Berichterstattung schließen: „Eigentlich sollen die Gerichte sicherstellen,

dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Es ist nicht gut, wenn nur die Mächtigen die Möglichkeit haben, ihre Meinung öffentlich zu machen.“

Die erfahrene Aktivistin weiß, dass es für Angehörige der Mayabevölkerung immer gefährlicher wird, sich Gehör zu verschaffen. Umso mehr freut sich Rosalina Tuyuc, wenn sie von jungen, indigenen Frauen wie Ana Matzir um ein Interview gebeten wird: „Die Frauen der Mayas haben eine sehr wichtige

Rolle übernommen. Sie begleiten die Kämpfe ihrer Völker und verteidigen das Recht auf freie Meinungsäußerung. Einige Reporterinnen werden kriminalisiert und bedroht. Trotz der Repression berichten sie weiter aus verschiedenen Regionen des Landes.“

Andreas Boueke berichtet seit dreißig Jahren als freier Journalist aus Mittelamerika.



Gloria Gonzales berät die Bischöfskonferenz in Guatemala

Mitgliederversammlung in Göttingen

von Katharina Roth

In diesem Jahr hatte der FIAN-Vorstand vom 21. bis zum 23. April zur Mitgliederversammlung nach Göttingen eingeladen. Inhaltlich wurde ein Fokus auf das Thema „Rohstoffe und Menschenrechte“ gelegt. Mit 50 Teilnehmenden war der Andrang erneut erfreulich hoch.

Eine Einleitung zum Thema Rohstoffpolitik gaben in der Göttinger Volkshochschule am Freitagabend Hannah Pilgrim und Michael Reckordt – beide sind FIAN-Mitglieder, die nun bei PowerShift arbeiten. Bereits hier zeigte sich ein Trend für das gesamte Wochenende: die FIAN-Mitglieder haben viel zu sagen! So viel, dass die Diskussionsrunde schließlich beendet und in die Jugendherberge verlegt werden musste. Nach einem Spaziergang durch das abendliche Göttingen und mit Getränken versorgt ließ es sich dann ebenso gut – wenn nicht besser – über Gerechtigkeitsthemen sprechen.

Am Samstag ging es nach der offiziellen Begrüßung durch die Vereinsvorsitzende Dr. Friederike Diaby-Pentzlin mit Vorträgen zur Fallarbeit von FIAN weiter, u.a. zu Recherchen in Guinea, Honduras und Indonesien. Die anschließende Kaffeepause genossen die Teilnehmenden im Innenhof und tankten Kraft durch die strahlende Sonne, Kaffee und Kuchen; die Kraftspritze wurde im Anschluss für den anspruchsvollen Vortrag von Prof. Stefan Peters über Extraktivismus in Lateinamerika denn auch dringend benötigt. Und auch in der anschließenden Mittagspause waren Innenhof und Speisesaal erfüllt von den Gesprächen zwischen den Teilnehmenden. Nach der Verschnaufpause folgten eine Diskussionsrunde zu Rohstoffpolitik (u.a. mit Sofía Monsalve, Generalsekretärin von FIAN International), ein Input zur Bildungsarbeit bei FIAN, der Rechenschaftsbericht des Vorstands sowie ein Ausblick auf die Aktivitäten im kommenden Jahr. Nach der Arbeit kommt bekanntlich das Vergnügen, welches in diesem Fall mit dem gemeinsamen Abendessen begann. Einige Teilnehmende machten sich auf den Weg, um für die abendliche Verpflegung zu sorgen. An den Programmpunkt „Austausch bei Bier, Schorle und Wasser...“ der Tagesordnung muss sich natürlich gehalten werden. Während über den Tag die

Gespräche primär um die Themen der Vorträge kreisten, wurde es nun privater. Die Stimmung war fröhlich und ausgelassen, so dass sich viele erst nach Mitternacht auf den Weg zurück in ihre Zimmer machten.

Trotz der kurzen Nacht waren am Sonntag alle pünktlich versammelt. Bis zum Mittag wurde die auch in diesem Jahr wieder sehr gut besuchte Mitgliederversammlung abgeschlossen. Es war eine Atmosphäre der Dankbarkeit zu spüren: Dankbarkeit für alle Personen, von denen die FIAN-Arbeit lebt: Ob Vorstand, aktive Mitglieder oder Mitarbeitende in der Geschäftsstelle, jede und jeder leistet einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung. Nach Danksagungen und der Verabschiedung ausscheidender Vorstandsmitglieder ging es zurück in die Heimat. Inspiriert und voller Vorfreude auf alles, was bei FIAN Deutschland im kommenden Jahr ansteht!



Vortrag von Sofía Monsalve von FIAN International



Menschenrechte in Lieferketten: Neues FIAN-Bildungsmodul im Einsatz

von Marian Henn und Barbara Lehmann-Detscher

Politische Bildung ist eine wichtige Säule der Menschenrechtsarbeit von FIAN. Sie setzt sich zum Ziel, die komplexen Zusammenhänge, die zu Menschenrechtsverletzungen und Hunger führen, zu erkunden und Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Hierfür werden regelmäßig neue Bildungsmaterialien erstellt und von ausgebildeten Multiplikator*innen eingesetzt. Im Bildungsmodul zum derzeitigen Jahresthema stehen Menschenrechte in globalen Rohstoff-Lieferketten im Vordergrund.

Inhaltlich basieren die aktuellen Bildungsmethoden auf dem Fall der Sangaredi-Mine in Guinea, wo der Abbau von Bauxit zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen führt. Das aus dem Bauxit gewonnene Aluminium kommt unter anderem in der deutschen Automobilindustrie zum Einsatz. Der Minenausbau wurde im Zuge der deutschen Außenwirtschaftsförderung mit Kreditgarantien aus dem Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Im Zentrum des Bildungsmoduls stehen ein virtueller Actionbound und ein Rollenspiel. Diese werden durch Gruppenübungen, Kurzinputs und Reflexionen ergänzt.

Beim Actionbound handelt es sich um eine medienpädagogische Anwendung, mit der digitale Lernreisen (sog. „Bounds“) erstellt und gespielt werden können. Im „Tatort-Bauxit“ müssen die Spieler*innen Beweise suchen, dass ein deutsches Auto-Unternehmen seit langem Kenntnis von Menschenrechtsverletzungen beim Abbau von Metallen besitzt und diese verschweigt. In dem Rollenspiel simulieren die Teilnehmenden eine Talkshow, bei der Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenkommen. In der Sendung diskutieren sie die Verantwortung des Globalen Nordens für Ausbeutung, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen. Das Publikum mischt sich mit Fragen ein und gestaltet die Talkshow mit.

Menschenrechtsbildung bei FIAN

Das aktuelle Bildungsmodul schließt damit an vorausgegangene Bildungsprojekte an. So wurde zum Jahresthema Klimagerechtigkeit das Planspiel „Mensch.Macht.Klima“ entwickelt. Die Spieler*innen begeben sich dort auf die Reise in ein fiktives lateinamerikanisches Land, wo nach jahrelangem Kampf gegen Landnahme zugunsten von Palmölplantagen nun ein Klimaschutzprojekt initiiert werden soll.

Vor zwei Jahren veröffentlichte FIAN ein Planspiel zum Menschenrecht auf Wasser. In „Wasser.Marsch!“ werden in Anlehnung an den MATOPIBA-Fall deutsche Ärzt*innen und Akteure aus Politik und Wirtschaft mit Protesten in Brasilien konfrontiert. Begleitend hierzu hat FIAN weitere, kürzere Methoden entwickelt, die sich im Kontext der Corona-Pandemie auch



Teilnehmende beim Rollenspiel zu Rohstoffkonflikten

digital anwenden ließen. Bei der Entwicklung und Erprobung wurden wir stark von Ehrenamtlichen aus dem AK-Bildung unterstützt.

Der Einsatz interaktiver, partizipativer und spürbar-machender Methoden geht dabei über den rein fachlichen Transfer von menschenrechtlichen Grundlagen hinaus. Vielmehr intendieren wir, die verschiedenen Sinne „hören-fühlen-sehen“ anzusprechen und dadurch einen besonderen, auch emotionalen Bezug herzustellen. Die zwischenmenschliche Interaktion, die in den Methoden im Vordergrund steht, soll bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen Verantwortungsgefühl für den Schutz der Menschenrechte und eine gerechte Weltordnung wecken.

Liebe FIAN-Mitglieder, Ihr habt Bekannte, die mit jungen Erwachsenen, Freiwilligengruppen oder in außerschulischen Bildungsstätten arbeiten? Ihr seid selber in der Bildungsarbeit tätig und habt Ideen für die Durchführung der FIAN-Methoden? Dann meldet euch gerne in der Geschäftsstelle bei unseren Bildungsreferent*innen Barbara Lehmann-Detscher und Marian Henn.

Wir kommen zu euch!

Das Bildungsmodul richtet sich an entwicklungspolitisch interessierte Erwachsene ab ca. 16 Jahren, Aktive im Umweltschutz, der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit und in Eine-Welt-Gruppen oder NGOs. Besonders gute Erfahrungen konnten bislang beim Einsatz mit Freiwilligen in sozialen und ökologischen Arbeitsfeldern gemacht werden. Die Durchführung des gesamten Moduls ist ursprünglich für vier Stunden konzipiert, kann aber je nach Bedarf auch verkürzt werden. Für Trainer*innen, die selbst in der (entwicklungs-)politischen Bildungsarbeit aktiv sind, bieten wir zudem Multiplikatorschulungen an. Neben der praktischen Anleitung der Methoden können die Teilnehmenden dort weiterführendes Wissen über die Arbeit von FIAN und die menschenrechtliche Regulierung von Unternehmen erwerben.



MultiplikatorInnen erproben das Rollenspiel

Sozialausschuss erarbeitet Rechtskommentar zum Thema Land Zugang zu Land menschenrechtlich weiter präzisiert

von Roman Herre

Im Januar 2023 hat der für das Recht auf Nahrung zuständige UN-Sozialausschuss seinen 26. Rechtskommentar veröffentlicht – diesmal zur Klärung der Rolle von Land für die im Sozialpakt verankerten Menschenrechte.

Vorab: Was ist ein Allgemeiner Rechtskommentar (General Comment)? Er ist eine sogenannte maßgebliche Interpretation einzelner Bestimmungen oder Artikel des Sozialpaktes. Diese werden damit näher ausgelegt und konkretisiert, um die Vertragsstaaten bei der Erfüllung ihrer Pflichten zu unterstützen bzw. anzuleiten. Der Allgemeine Rechtskommentar 12 zum Recht auf Nahrung beispielsweise war wegweisend und hat die Pflichtentrias (Respekt-, Schutz- und Gewährleistungspflicht) sowie die verschiedenen Ebenen des Rechts auf Nahrung wie Zugang und Verfügbarkeit herausgearbeitet und damit eine sehr bedeutende Grundlage für das Verständnis zum Recht auf Nahrung geschaffen. FIAN arbeitet bis heute umfangreich mit den dortigen Präzisierungen.

Was besagt der neue Rechtskommentar zum Thema Land?

Der neue Rechtskommentar bestätigt einmal mehr die zentrale Bedeutung von Land für einen ganzen Blumenstrauß an Menschenrechten. Er hebt dabei ganz besonders die Bedeutung von Land für sechs im Pakt verankerte Rechte hervor: die Rechte auf Nahrung, Wohnen, Wasser, Gesundheit, Teilnahme an kulturellem Leben sowie auf Selbstbestimmung.

Er hebt dabei auch normative Neuerungen des menschenrechtlichen Verständnisses zum Thema Land hervor. Verwiesen wird insbesondere auf die UN-Erklärungen zu den Rechten Indigener Völker (UNDRIP, 2007) und Rechten von Bäuerinnen und Bauern (UNDROP, 2018) sowie die 2012 verabschiedeten UN-Landleitlinien.

Der Rechtskommentar beschreibt weiterhin die jüngeren Entwicklungen, die es erschweren, die Rechte des Sozialpaktes in Bezug auf das Thema Land zu verwirklichen. Dies sind unter anderem der stark angestiegene „Wettbewerb“ um Land, die Rolle der Finanzwelt im städtischen Wohnungswesen oder Bodendegradierung durch nicht nachhaltige Nutzungen.

Weiterhin werden die verschiedenen allgemeinen Pflichten wie Nichtdiskriminierung sowie spezifische Pflichten der oben

genannten Pflichtentrias konkretisiert. Hervorgehoben wird dabei mit einem eigenen Kapitel die extraterritoriale Dimension der Staatenpflichten, die im Kontext der Globalisierung von besonderer Bedeutung sind.

Wichtig für die Fallarbeit von FIAN ist sicherlich die deutliche Benennung, dass niemand von Land vertrieben werden darf, von dem er oder sie für die eigenen Existenzsicherung abhängt (Art. 23). Das Argument, eine Bäuerin habe ja keinen Landtitel – oft aufgeführt von Investoren und auch der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – ist damit klar entkräftet. Ausgeführt wird auch explizit die Verbindung zum Recht auf Nahrung.

Was fehlt aus FIAN-Sicht?

Insgesamt gingen über 100 schriftliche Eingaben von Zivilgesellschaft und Regierungen beim Sozialausschuss ein. Auch FIAN hatte sich mit zwei Eingaben mit Partnern sowie einer eigenen Eingabe in die Konsultationen eingebracht. Einige aus FIAN-Sicht wichtige Punkte wurden nicht vom Sozialausschuss aufgegriffen.

Wie der Name besagt, sollten Rechtskommentare rechtliche Auslegungen beinhalten. Diese klare Sprachregelung in Sachen Rechtsauslegung kommt nicht ausreichend zur Geltung. Vielmehr beinhaltet der Rechtskommentar vor allem Empfehlungen an die Vertragsstaaten und kommt so seiner Kernfunktion nicht ausreichend nach.

Weiterhin hätte der Rechtskommentar die menschenrechtliche Verantwortung von Staaten im Rahmen ihrer Beteiligung an Multilateralen Organisationen, besonders der Weltbank angesichts ihrer bedeutenden Rolle in der internationalen Landpolitik präzisieren müssen.

Ein weiteren Punkt ist die Benennung der enormen Triebkräfte hinter der vermeidlich neutralen Formulierung „Wettbewerb um Land“. Die gewaltigen negativen menschenrechtlichen Implikationen werden dadurch relativiert und die rasant wachsende Rolle der Finanzwelt als neuem mächtigen Akteur im Landsektor ignoriert bzw. lediglich im städtischen Bereich angesprochen. FIAN hatte auch angeregt, den Begriff „Zugang zu Land“ durch die breitere und menschenrechtlich umfassender Formulierung „Kontrolle über Land“ zu ersetzen, was jedoch nicht aufgegriffen wurde.

Fazit: Solide, aber kein Meilenstein

Ein Chance zur Weiterentwicklung des Verständnisses, wie es bspw. beim Rechtskommentar zum Recht auf Nahrung 1999 gelungen war, ist mit dem aktuellen Rechtskommentar eher nicht gegeben. Der Fokus wird auf die Aufzählung von vorhandenen relevanten Aspekten und neuen Entwicklungen gelegt, eine progressive Synthese dieser Aspekte zu einem zukunftsgerichteten Rechtsverständnis wurde leider nicht geschafft. Trotzdem wird der neue Rechtskommentar die Arbeit von FIAN unterstützen und für uns eine wichtige neue völkerrechtliche Referenz für die Fall- und Lobbyarbeit bilden.



Sitzung vom UN-Wirtschafts- und Sozialausschuss
(© UN Photo, Jean-Marc Ferré)

FIAN Kontakt

FIAN Deutschland • Gottesweg 104 • 50939 Köln • Tel.: 0221-474491-10 • Fax 0221-474491-11 • info@fian.de • www.fian.de

Geschäftsstelle

Almudena Abascal, Fallarbeit Lateinamerika
a.abascal@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

Jan Dreier, Webseite, Öffentlichkeitsarbeit
j.dreier@fian.de, Tel.: 0221-474491-10

Gertrud Falk, Jahresthema, Bildungsarbeit, Gender, Multiplikator*innen, Pressekontakte
g.falk@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-15

Sandra Falkenau, Finanzverwaltung
s.falkenau@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-14

Marian Henn, Lateinamerika, Bildungsarbeit
m.henn@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-10

Roman Herre, Landwirtschaft, Landkonflikte, Welternährung, r.herre@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

Barbara Lehmann-Detscher, Spenden, Mitgliedschaft, Fundraising, Bildungsarbeit
b.lehmann-detscher@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-16

Philipp Mimkes, Geschäftsführung, Fallarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion FoodFirst
p.mimkes@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-20

Mathias Pfeifer, Fallarbeit Südostasien
m.pfeifer@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

Sarah Widdig, Webseite, Öffentlichkeitsarbeit
s.widdig@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-10

FIAN-Beirat

Prof. Dr. Remo Klinger, Rechtsanwalt und Honorarprofessor der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Christine von Weizsäcker, Biologin, Vorsitzende Ecoropa

Wolfgang Kaleck, Menschenrechtsanwalt, Generalsekretär ECCHR

Prof. Dr. Michael Krennerich, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik (Uni Erlangen-Nürnberg), 1. Vorsitzender Nürnberger Menschenrechtszentrum

Prof. Dr. Maria Müller-Lindenlauf, Agrarwissenschaftlerin mit Fachgebiet Agrarökologie (Hochschule Nürtingen-Geislingen)

Prof. (em) Dr. Franz Segbers, Sozialethiker

Prof. Dr. Stefan Selke, Soziologe (HAW Furtwangen)

Dr. Brigitte Hamm, Politikwissenschaftlerin, ehem. Institut für Entwicklung und Frieden (Uni Duisburg)

Dr. Rainer Huhle, Politologe, ehem. Mitglied UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, Vorstand Nürnberger Menschenrechtszentrum

Prof. (em) Dr. Hanns Wienold, Soziologe, Ernährungsexperte für Lateinamerika und Südasien

Prof. Dr. Anne Lenze, Sozialrechtlerin (Hochschule Darmstadt)

Dr. Steffen Kommer, Jurist, Autor „Menschenrechte wider den Hunger“

FIAN Lokalgruppen

Berlin, Maren Staeder, info@fian-berlin.de

Kontakt Hamburg: Heiko Hansen, heiko.hansen@mailbox.org

Heidelberg, Charlotte Dreger, charlottedreger@posteo.de

Marl, Klaus-Dieter Hein, kghein@t-online.de

München, Arne Klevenhusen, fian@muenchen-mail.de

Münsterland, Kontakt: info@fian.de

Rheinland, fian_rheinland@web.de

Tübingen, Harald Petermann, fian-tuebingen@web.de

FIAN Arbeitskreise

AK Agrar, Roman Herre, r.herre@fian.de

AK Bildung, Barbara Lehmann-Detscher, b.lehmann-detscher@fian.de

AK Gender, Gertrud Falk, g.falk@fian.de

AK Klima, Jeanette Schade, jeanette.schade@posteo.de

AK Jurist*innen, Tim Engel, tim.engel@arcor.de

Fallarbeitsgruppe Ecuador, Sini Bodemer, sini.bodemer@fian-berlin.de

Team Fallarbeit, Philipp Mimkes, p.mimkes@fian.de

bitte
ausreichend
frankieren

FIAN Deutschland e.V.
Gottesweg 104
50939 Köln

Name
Straße
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail
Geburtsjahr (für Statistik)

Bitte tragen Sie Ihre vollständige Anschrift ein, für die Angabe einer E-Mail-Adresse und/oder Telefonnummer wären wir Ihnen sehr dankbar. Ihre Daten werden nicht weitergegeben und nur zu vereinsinternen Zwecken verwendet!



www.fian.de



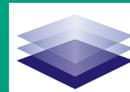
fiandeutschland



fiandeutschland



fiangermany



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Ist Ihre Anschrift noch aktuell? Teilen Sie uns Änderungen bitte rechtzeitig mit!

ISSN 1611-5880

Termine

- 13. August** Menschenrechte in Wertschöpfungsketten
Naturfreunde Wuppertal
- 5.-7. September** Crashkurs Rohstoffwende, Dresden
- 7.-9. September** Tagung Runder Tisch Zentralamerika
Berlin
- 16. September** Menschenrechte im Kaffeesektor
OpenAir, Hamburg
- 18. Oktober** Zusatzprotokoll zum UN Sozialpakt
Webinar mit Michael Windfuhr (DIMR)

Informationen zu Anmeldung und Anfangszeiten: info@fian.de

Ich möchte FIAN-Mitglied werden

Die Mitgliedschaft beinhaltet die Zusendung des FoodFirst-Magazins

Mein Jahresbeitrag: 60 Euro 120 Euro _____ Euro

Ich möchte meinen Beitrag erhöhen

Ab dem _____ erhöhe ich meinen
Beitrag um _____ Euro pro Monat.

Ich möchte das FoodFirst abonnieren

als Druckexemplar pdf-Abo an:

E-Mail _____

Abo-Jahresbeitrag: (Bei Auslandsversand zzgl. 10 Euro)

15 Euro Standardabo 30 Euro Förderabo

Ich erteile FIAN eine Einzugsermächtigung

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige FIAN Deutschland e.V., Gottesweg 104, 50939 Köln, Gläubiger-Identifikationsnummer DE22ZZZ00000081635, wiederkehrende Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von FIAN Deutschland e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Meine Zahlungsweise:

jährlich halbjährlich vierteljährlich monatlich

KontoinhaberIn

Kreditinstitut (Name und BIC)

IBAN: DE __ | ____ | ____ | ____ | ____ | ____

Datum

Unterschrift

Impressum

Herausgeber: FIAN Deutschland e.V.

Tel.: 0221 – 474491-10 • Fax 0221 – 474491-11

www.fian.de • info@fian.de

Ausgabe 2/2023 • Erscheinungsdatum: Juni 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Philipp Mimkes

V.i.S.d.P.: Philipp Mimkes

Layout: Silvia Bodemer

Lektorat: Philipp Mimkes

Fotos: © FIAN oder s. Bildunterschrift; Titelbild: Astrud Beringer

Druck: Basisdruck GmbH, Duisburg, auf 100% Recyclingpapier

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr

Druckauflage: 1.700 • Einzelpreis: 4,00 Euro Schutzgebühr

Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten

Abonnement: 15,- Euro Standardabo, 30,- Euro Förderabo

Auslandsversand: zzgl. 10,- Euro

Die nächste Ausgabe erscheint im September 2023.

Spendenkonto FIAN Deutschland:

GLS-Bank Bochum

IBAN: DE84 4306 0967 4000 444400 • BIC: GENODEM1GLS